

II-7231 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr 3676 1.J

1989-04-28

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Nowotny  
und Genossen  
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betreffend erzwungene Absage der Veranstaltung "Salman Rushdie, Satanische  
Verse, Opposition und Liquidation" an der TU-Wien

Eine Flut von Mord- und Bombendrohungen hat am 24.4.1989 dazu geführt, daß die erste öffentliche Lesung aus Salman Rushdies Roman "Die Satanischen Verse" in Österreich und eine im Anschluß vorgesehenen Podiumsdiskussion, an der unter anderem iranische Staatsbürger und Vertreter von Amnesty International teilnehmen sollten, aus Sicherheitsgründen abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußte.

Bei den iranischen Teilnehmern der Podiumsdiskussion und beim Rektorat der TU waren nach Angaben der Veranstalter vor dieser geplanten Veranstaltung zahlreiche Mord- und Bombendrohungen eingegangen.

Durch diese Mord- und Bombendrohungen wurde das in Österreich garantierte Recht der freien Meinungsäußerung grundsätzlich behindert und die Veranstalter und Teilnehmer dieser Veranstaltung psychischer und auch physischer Gewalt ausgesetzt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

A n f r a g e :

1. In welcher Weise haben Sie gegen die Mord- und Bombendrohungen islamischer Fundamentalisten zur Verhinderung einer öffentlichen Lesung aus Salman Rushdies Roman "Die Satanischen Verse" bei der offiziellen Vertretung des Iran in Österreich protestiert?

- 2 -

2. Gibt es Hinweise, daß die offizielle Vertretung des Iran in Österreich bei den Mord- und Bombendrohungen gegen die erwähnte Veranstaltung ihre Hände im Spiel gehabt hat?
3. Wenn Sie gegen die Mißachtung des Grundrechtes der Meinungs- und Diskussionsfreiheit in Österreich bei der offiziellen Vertretung des Iran protestiert haben, wie ist die Reaktion der iranischen Vertretungsbehörde?
4. Planen Sie sonstige Maßnahmen auf diplomatischem Weg in Österreich, die in Zukunft verhindern sollen, daß islamische Fundamentalisten Grundrechte durch Androhung von physischer und psychischer Gewalt außer Kraft setzen?